

Frontalangriff auf unsere Interessen

Regierung. Alles andere als dem Sozialstaat freundlich gesonnen.

Die neoliberale Prägung des Regierungsprogramms ist eindeutig. Deutlich sichtbar ist, dass sich die VertreterInnen der Industrie durchsetzen konnten.

Teilweise wurden ihre Forderungen wortwörtlich übernommen. So gibt es Steuergeschenke für die Unternehmen, Erben und GutverdienerInnen, aber massive Kürzungen im Sozialbereich, Verschlechterungen für Arbeitende und für Arbeitslose!

Das sind die schlimmsten schwarz-blauen Pläne:

Leistungskürzungen vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich, um 12 bis 14 Milliarden Euro durch Senkung der Abgabenquote (von derzeit 43%) „in Richtung“ 40%. Die Finanzierung soll durch ausgabenseitige Einsparungen und Strukturereformen erfolgen. Die Arbeitsmarktprojekte „Aktion 20.000“ und „Be-

schäftigungsbonus“ wurden ersatzlos gestrichen und die Förderungen für Sprachkurse drastisch gekürzt.

Unsere (Sozial-)Lohnbestandteile sollen um mindestens 500 Millionen Euro „deutlich gesenkt“ werden. Die ArbeitgeberInnenbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds sollen fallen, jene zur Unfallversicherung von 1,3% auf 0,8% drastisch reduziert werden. Dies kommt einer Zerschlagung der AUVA gleich.

Dabei ist die AUVA nur der Testballon für den Angriff auf unser gesamtes Sozialversicherungssystem, der mit Sicherheit nicht lange auf sich warten lassen wird.

Meldepflichten an die Arbeitsinspektorate und die Übermittlungspflichten für Betriebsvereinbarungen sollen abgeschafft werden. Das heißt vor allem: Abbau von Schutzvorschriften für

ArbeitnehmerInnen. Eine Ausweitung der täglich zulässigen Arbeitszeit von 10 auf 12 Stunden und gleichzeitig eine der wöchentlich zulässigen Arbeitszeit auf 60 Stunden ist geplant.

Die Angleichung des ArbeiterInnen- und Angestelltenbegriffs, wobei jedoch atypische Formen der Arbeit, etwa freie DienstnehmerInnen oder „neue Selbstständige“ fehlen. Ziel von Schwarz-Blau ist damit aber auch, Betriebsratskörperschaften, **BetriebsrätInnen** und Freistellungen durch Zusammenlegung „einzusparen“. Außerdem will die Bundesregierung die JugendvertrauensrätInnen völlig abschaffen.

Die Zumutbarkeitsbestimmungen für **Arbeitslose** sollen verschärft werden: Längere Wegzeiten,



Kürzung des Arbeitslosengeldes, Abschaffung der Notstandshilfe. Das bedeutet ein Modell wie Hartz IV in Deutschland.

Erste Berechnungen zeigen, dass dadurch in einem der reichsten Länder der Welt mindestens 160.000 Menschen zusätzlich in die akute Armutgefährdung getrieben werden. Schon jetzt ist über eine Million armutgefährdet oder arm!

Wollen wir uns das wirklich gefallen lassen? Wir denken, dass es erforderlich ist, gegen jeden einzelnen Angriff dieser Regierung auf unsere Rechte **Widerstand** zu leisten, und werden uns daran beteiligen.

Dabei hoffen wir auf deine aktive Unterstützung. Möglichkeiten dazu wird es in nächster Zeit genug geben. Die nächste Demo kommt bestimmt!

Neuwahl bei IG Social: Werde aktiv

Unsere Interessengemeinschaft für Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich wählt im Juni den Wiener Regionalausschuss wie alle zwei Jahre neu.

Wir sind eine eine Plattform der Vernetzung und der gemeinsamen Aktivität. Dazu spannen wir einen Bogen zwischen den Beschäftigten unseres Arbeitsbereiches und der Gewerkschaft.

Wir wollen nicht länger die Suppe auslöffeln müssen, die uns die neue Regierung einbrockt. Die Basis dafür sind gemeinsame Aktionen, welche wir zusammen mit interessierten KollegInnen planen und durchführen. Voraussetzung für solche Aktivitäten ist die gemein-

same Diskussion darüber, was wir überhaupt wollen. Selbstverständlich stehen dabei unsere Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt. Soziale Arbeit ist mehr wert!

Wenn auch Du **★ nicht willst, dass unsere Arbeitssituation so bleibt, wie sie ist**

★ gemeinsam mit anderen an Verbesserungen arbeiten willst und

★ deinen Beitrag dazu leisten willst, dass endlich der gesellschaftliche Wert des Sozialbereiches anerkannt wird

★ der Bundesregierung nicht jede Einsparung auf unsere Kosten durchgehen lassen willst

dann bis Du bei uns genau richtig! Als eingetragenes Mitglied der IG So-

cial und Mitglied unserer GPA-djp kannst du nicht nur wählen, sondern auch selbst kandidieren.

Um die KandidatInnen und ihre Positionen kennenlernen zu können, laden wir alle Interessierten zu einem

Come together am: Dienstag, den **12. Juni 2018** um 17 Uhr in: der **GPA-djp**, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, 4. Stock, Raum 4K7

ein, bei welchem auch die Möglichkeit zum Austausch gegeben sein wird.

Wenn Du Fragen zur Wahl hast, kannst Du gerne unter birgit.ivancsics@gpa-djp.at Kontakt mit der zuständigen Kollegin Birgit Ivancsics in der GPA-djp aufnehmen.

Veranstaltung: Auswirkungen der Ökonomisierung im Sozial- und Gesundheitsbereich

Nachdem wir uns bei der ersten Veranstaltung unserer Reihe zu Privatisierung und Ökonomisierung allgemein mit der Thematik beschäftigt haben, werden wir nun anhand konkreter Beispiele aus dem Gesundheits- bzw. Pflegebereich weiter diskutieren.

Am Podium sind daher KollegInnen aus drei Betrieben mit unterschiedlichen Situationen: Ein profitorientierter Betrieb, ein Non-Profit-Betrieb im Mehrheitseigentum eines profitorientierten Konzerns und ein Non-Profit-Unternehmen, bei dem die Kooperation mit InvestorInnen fast zu massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen geführt hätte.

Wir diskutieren am **27.06.2018, ab 18 Uhr 30**

in der **Fachbuchhandlung des ÖGB**
Rathausstraße 21, Eingang Universitätsstrasse
1010 Wien (Nähe U2 Schottentor)

mit

Nikolas Anastasiadis, Mitglied der Konzernvertretung der pro mente Reha
Ulrike Kobrna, stv. Betriebsratsvorsitzende API Betriebs gemeinnützige GmbH (Anton Proksch Institut)
Bogdan Lazar, Betriebsratsvorsitzender SENEUCURA Sozialzentrum Krems